

Bürger für Haan - Bürger Union: Stellungnahme zum Haushalt der Stadt Haan für das Jahr 2023

Bürger für Haan – Bürger Union lehnt den Haushalt der Stadt Haan ab

„Der Haushalt der Stadt Haan für das Jahr 2024 ist - wie schon der Haushalt für 2023 - unterfinanziert und strukturell nicht ausgeglichen“; daher lehnt die Bürger Union – Bürger für Haan den Haushalt der Stadt für das Jahr 2024 ab, so deren Ratsmitglied Harald Giebels.

Der Haushalt ist mit erheblichen Risiken behaftet und strukturell nicht ausgeglichen. Die Verwaltungsspitze und ihr folgend eine Mehrheit des Rates sind nicht bereit, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen – nein, umgekehrt ist die Vorgehensweise: Die Ausgaben werden festgeschrieben und dann die Einnahmenseite durch Steuererhöhungen so verändert, dass „es gerade mal wieder knapp hinkommt“. Mit einer seriösen, voraus schauenden und nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik hat dies nichts zu tun. Letztlich werden die Haaner Bürgerinnen und Bürger sowie die Haaner Unternehmen gezwungen, durch höhere Steuerlasten die hohen Ausgaben und Defizite der Stadt zu finanzieren.

Wesentlicher Ausgabenblock im Haushalt ist das Projekt „Neues Rathaus“. Die Wahrheit ist, dass die Kosten hierfür inzwischen eine Größenordnung erreicht haben, die für unsere Stadt zu hoch sind. Aus Sicht der Bürger für Haan – Bürger Union ist das Festhalten durch Verwaltung und einer Mehrheit des Rates, dass alle Verwaltungsbereiche an einem Standort inmitten der Innenstadt konzentriert werden sollen, falsch. Aus Sicht der Bürger für Haan – Bürger Union muss das „Technische Rathaus“ nicht inmitten der Innenstadt angesiedelt sein. In anderen Städten ist dies auch nicht der Fall; die Nachbarstadt Erkrath und auch Düsseldorf seien hier nur als Beispiel genannt. Die Bürger für Haan – Bürger Union hatte im vergangenen Jahr dafür geworben und beantragt, dass die Stadt Haan in unmittelbare Verhandlungen mit dem Insoverwalter der KPlus-Gruppe eintritt; damals um vielleicht noch das Krankenhaus in unserer Stadt zu retten. Im Zuge solcher Gespräche hätte vielleicht zumindest ein Kauf der Immobilien an der Robert-Koch-Straße erreicht werden können. Die damalige Behauptung, der Standort Haan der Kplus-Gruppe könne nicht isoliert erworben werden, hat sich ja als falsch erwiesen; Inzwischen ist das Areal an der Robert-Koch-Straße an jemand anderes verkauft worden als die KPlus-Klinik in Hilden zum Beispiel. In den jetzt leerstehenden Gebäudeteilen an der Robert-Koch-Straße könnte mit vertretbarem Aufwand das „Technische Rathaus“ untergebracht werden; dieser Standort ist gut erreichbar und es sind genügend Parkplätze direkt auf dem Gelände vorhanden. Dann könnte das Areal in der Innenstadt im Bereich Windhövel nur für die anderen Verwaltungsbereiche projektiert werden. Dies wäre allemal günstiger als das jetzige Vorhaben mit einer Planung mit zwei Baukörpern und der Vorhaltung von Ressourcen für einen dritten Baukörper, der dann an diesem Standort nicht mehr benötigt würde.

Das Projekt „Rathausneubau“ in der jüngsten Variante ist auch nicht nachhaltig. Weder ist es ökologisch nachhaltig, da die Erstellung in der (echten) cradle-to-cradle Bauweise abgelehnt wird. Frühere Vorstöße von Harald Giebels in diese Richtung wurden abgelehnt. Auch ist der aktuell geplante „Rathausneubau“ aus finanzwirtschaftlicher Sicht nicht nachhaltig. Bei dem Versuch, dieses Projekt noch irgendwie finanziell machbar darzustellen, wurde der Abschreibungszeitraum auf 80 Jahre verlängert; diese Zeitspanne übersteigt die tatsächlich

bautechnisch zu erwartende Nutzungsdauer von maximal ca. 50 bis 60 Jahren erheblich und auch hieran wird deutlich, dass Lasten späteren Generationen aufgebürdet werden.

Dies geht einher mit zahlreichen Streichungen in Bereichen, die für die gesellschaftliche Entwicklung in Haan unerlässlich sind. Die diskutierte Streichung von Stellen für Schulsozialarbeit ist nur ein Beispiel; auch die Sperrung des Bolzplatzes am Brucherkotten kann hier genannt werden. Es darf doch nicht sein, dass für eine Reparatur des Bolzplatzes keine finanziellen Mittel im Haushalt mehr vorhanden sind und die Bevölkerung und Unternehmen aufgerufen werden, Geld zu spenden, so dass der Bolzplatz repariert und den Kindern und Jugendlichen wieder zur Verfügung steht. Meine Damen und Herren, dies ist ein Armutszeugnis für diese Stadt.

Dabei waren und sind nicht abweisbare Ausgabensteigerungen und Risiken für den Haushalt der Stadt doch vorhersehbar.

Künftige Erhöhungen von Umlagen für den Kreis Mettmann (darin auch für den LVR) oder den VRR (für den ÖPNV) müssten doch jedem klar sein; ebenso wie die beschlossenen und absehbaren zukünftigen Tarifierhöhungen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Die Steigerung von Kosten für Energie (Gas) und sind ebenfalls bekannt und werden auch in der Zukunft fortwirken. Die Rücklagen der Stadt Haan sind aufgebraucht.

Nun soll der mangelnde Mut der Verwaltung und der Mehrheit im Rat strukturelle Änderungen und wirkliche Einsparungen zu beschließen dadurch kompensiert werden, dass Haan die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer anhebt. Die Industrie- und Handelskammer hat in ihrer Stellungnahme zum Haaner Haushalt deutlich ausgeführt, warum eine Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer wirtschaftsfeindlich ist; daher lehnt die Bürger für Haan – Bürger Union eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes ab. Auch eine Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer lehnt die Bürger für Haan – Bürger Union ab. Bereits im Vergleich zum Vorjahr sind die Belastungen für Eigentümer und Mieter von Wohnraum deutlich gestiegen; eine weitere Erhöhung durch eine Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer lehnt die Bürger für Haan – Bürger Union. Dies gilt auch für die nun als so genannter „Kompromiss“ von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbe- und der Grundsteuer. In 2025 werden Eigentümer und Mieter von Wohnraum noch einmal durch die Auswirkungen der dann in Kraft getretenen Grundsteuerreform zusätzlich finanziell belastet.

Bei den Haushaltsberatungen waren die Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören, faktisch ausgeschlossen. Die Haushaltsberatungen wurden abgestuft durchgeführt, d.h. das Fragen und Anträge auf der Ebene der Fachausschüsse zu stellen waren. Hier sind jedoch die fraktionslosen Ratsmitglieder nach der Geschäftsordnung des Rates nicht teilnahmeberechtigt; sie dürfen in den Sitzungen der Fachausschüsse keine Fragen und auch keine Anträge stellen und in der den Fachausschusssitzungen folgenden HFA-Sitzung werden nur noch die Ergebnisse der Fachausschüsse zusammengeführt; neue Debatten und Anträge sind dort unerwünscht.

Die Bürger für Haan – Bürger Union lehnt den Haushalt 2024 ab.

Haan, 09. April 2024, Harald Giebels

Ratsmitglied der Wählergemeinschaft ‚Bürger für Haan – Bürger Union‘